

### **Feuerwehrsatzung der Gemeinde ...**

Der Gemeinderat der Gemeinde ... hat am ... auf Grund von:

1. § 4 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (SächsGVBl. S. 425), und

2. § 15 Absatz 4 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) vom 24. Juni 2004 (SächsGVBl. S. 245, 647), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 521),

die nachfolgende Satzung beschlossen.

### **§ 1 Begriff und Gliederung der Feuerwehr**

(1) Die Gemeindefeuerwehr ... ist eine Einrichtung der Gemeinde ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie besteht aus:

Variante 1: einer Freiwilligen Feuerwehr mit den Ortsfeuerwehren ...\* und den Feuerwehrstandorten ...\*

Variante 2: den Ortsfeuerwehren ...\* und den Feuerwehrstandorten ...\* und der Abteilung hauptamtliche Angehörige ...\*

Variante 3: der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr mit den Ortsfeuerwehren ...\* und Feuerwehrstandorten ...\*

(2) Die Berufsfeuerwehr führt den Namen „Berufsfeuerwehr ...“. Die Freiwillige Feuerwehr führt den Namen „Freiwillige Feuerwehr ...“. Ortsfeuerwehren können den Ortsteilnamen beifügen.

(3) Aktiver Feuerwehrdienst wird in den Ortsfeuerwehren\* und den Feuerwehrstandorten\*/der Einsatzabteilung\* geleistet. In (Einheiten benennen) bestehen die Abteilungen Kinderfeuerwehr\*, Jugendfeuerwehr\*, Logistik\*, ...\*, ein musiktreibender Zug\* und die Alters- und Ehrenabteilung\*. Die Abteilungen können in Unterabteilungen/Gruppen gegliedert sein\*.

### **§ 2 Pflichten der Gemeindefeuerwehr**

(1) Die Gemeindefeuerwehr hat die Pflicht:

- a) Menschen, Tiere und Sachwerte vor Bränden zu schützen,
- b) technische Hilfe bei der Bekämpfung von Katastrophen, im Rahmen des Rettungsdienstes und der Beseitigung von Umweltgefahren zu leisten und
- c) nach Maßgabe der §§ 22 und 23 SächsBRKG Brandverhütungsschauen und Brandsicherheitswachen durchzuführen.

(2) Der Bürgermeister oder sein Beauftragter kann die Gemeindefeuerwehr zu Hilfeleistungen bei der Bewältigung besonderer Notlagen und zu sonstigen Hilfeleistungen heranziehen.

### **§ 3 Laufbahn- und Tarifbestimmungen\***

Für die Angehörigen der Berufsfeuerwehr/hauptamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr\* gelten die laufbahnrechtlichen und tarifrechtlichen Bestimmungen sowie innerdienstliche Weisungen.

### **§ 4 Aufnahme in die Feuerwehr**

(1) Voraussetzungen für die Aufnahme in den aktiven Feuerwehrdienst sind:

- a) die Vollendung des 16. Lebensjahres,
- b) die Erfüllung der gesundheitlichen Anforderung an den Feuerwehrdienst,
- c) die charakterliche Eignung,
- d) die Verpflichtung zu einer längeren Dienstzeit,
- e) die Bereitschaft zur Teilnahme an der Aus- und Fortbildung sowie
- f) die Bereitschaft, den Dienst unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität von in Not geratenen Personen sowie von anderen Feuerwehrangehörigen auszuüben.

Die Bewerber dürfen nicht ungeeignet im Sinne von § 18 Absatz 4 SächsBRKG sein. Bei Minderjährigen muss die Zustimmung der Personensorgeberechtigten und zumindest deren Bestätigung über die gesundheitliche Eignung des Minderjährigen vorliegen.

Die Bewerber für den aktiven Feuerwehrdienst sollen im Einzugsbereich der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\* wohnen oder einer regelmäßigen Beschäftigung oder Ausbildung nachgehen oder in sonstiger Weise regelmäßig für Einsätze zur Verfügung stehen. Sofern die Bewerber nicht im Einzugsbereich der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\* wohnen, haben sie ihre aktive Mitgliedschaft in der Feuerwehr Ihres Wohnortes nachzuweisen.\* Die Bewerber sollen in keiner anderen Hilfsorganisation aktiv tätig sein.

(2) Für Aufnahmen in den musiktreibenden Zug\*/die Abteilung Logistik\*/...\* gilt Absatz 1, mit Ausnahme von Satz 1, Buchst. (*Buchstabe benennen*)\*, entsprechend. Zudem müssen die spezifischen Anforderungen an den musiktreibenden Zug\*/die Abteilung Logistik\*/...\* erfüllt werden.

Variante 1 für Absatz 3 (→ ggf. Entfall Absatz 1 Buchst. f)):

(3) Die erforderliche Eignung besitzen in der Regel Personen nicht,

- a) die Mitglied

aa) in einem Verein, der nach dem Vereinsgesetz als Organisation unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz unterliegt, oder  
bb) in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht nach § 46 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes festgestellt hat, waren, wenn seit der Beendigung der Mitgliedschaft fünf Jahre noch nicht verstrichen sind,

b) bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in den letzten fünf Jahren

ba) Bestrebungen einzeln verfolgt haben, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind, gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind oder durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,  
bb) Mitglied in einer Vereinigung waren, die solche Bestrebungen verfolgt oder verfolgt hat, oder  
bc) eine solche Vereinigung unterstützt haben.

Variante 2 für Absatz 3 (→ Entfall Absatz 1 Buchst. f)):

(3) Die erforderliche Eignung besitzen Personen nicht, die den Dienst in der Feuerwehr nicht unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität von in Not geratenen Personen sowie von anderen Feuerwehrangehörigen ausüben.

Variante 3 für Absatz 3: Absatz 4 wird Absatz 3, Absatz 5 wird Absatz 4

(4) Aufnahmegesuche sind schriftlich an den Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/des musiktreibenden Zuges\* zu richten. Über die Aufnahme entscheidet

Variante 1: der Gemeindefeuerwehrleiter

Variante 2: der Gemeindefeuerwehrleiter nach Anhörung des zuständigen Ortsfeuerwehrausschusses

Variante 3: der Gemeindefeuerwehrleiter nach Anhörung des Leiters der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/des musiktreibenden Zuges\*.

Jeder ehrenamtliche Feuerwehrangehörige erhält nach seiner Aufnahme in die Gemeindefeuerwehr ein Exemplar der Feuerwehrsatzung und der sonstigen relevanten Regelungen sowie einen Dienstausweis.

(5) Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht. Eine Ablehnung ist dem Antragsteller durch schriftlichen Verwaltungsakt mitzuteilen.

## **§ 5 Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes**

- (1) Der ehrenamtliche aktive Feuerwehrdienst endet, wenn der Feuerwehrangehörige ungeeignet zum aktiven Feuerwehrdienst entsprechend § 18 Absatz 4 SächsBRKG wird. Gleiches gilt, wenn bei Minderjährigen ein Personensorgeberechtigter seine Zustimmung nach § 4 Absatz 1 Satz 3 schriftlich zurücknimmt.
- (2) Der aktive Feuerwehrdienst kann auf Antrag des Feuerwehrangehörigen beendet werden, wenn der Dienst für ihn aus persönlichen oder beruflichen Gründen eine besondere Härte bedeutet.
- (3) Ein Angehöriger im aktiven Feuerwehrdienst hat die Verlegung seines ständigen Wohnsitzes in eine andere Gemeinde unverzüglich dem Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\* schriftlich anzuzeigen. Sofern er nicht nachweist, dass er im Einzugsbereich der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\* weiterhin einer regelmäßigen Beschäftigung oder Ausbildung nachgeht oder in sonstiger Weise regelmäßig für Aus- und Fortbildung sowie Einsätze zur Verfügung steht, kann sein Feuerwehrdienst beendet werden.
- (4) Der aktive Feuerwehrdienst soll aus wichtigem Grund beendet werden. Dies gilt insbesondere,
- wenn der Feuerwehrangehörige die Lehrgänge zum Truppmann (Teil 1 und 2) und zum Sprechfunker in einem angemessenen Zeitraum nicht erfolgreich abschließen kann
  - bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst,
  - bei schweren Verstößen gegen die Dienstpflicht,
  - bei erheblicher schuldhafter Schädigung des Ansehens der Feuerwehr,
  - wenn sich herausstellt, dass der Feuerwehrangehörige nicht im Sinne des § 4 Absatz 1 Buchst. f) handelt oder die Nichteignung im Sinne des § 4 Absatz 3 festgestellt wird (je nach gewählter Variante in § 4 Absatz 3 hier anpassen), oder
  - bei einem Verhalten, das eine erhebliche und andauernde Störung des Zusammenlebens in der Feuerwehr verursacht hat oder befürchten lässt.
- (5) Zur Vorbereitung der Entscheidung nach Absatz 4 kann der Feuerwehrangehörige vorläufig des Dienstes enthoben werden, wenn andernfalls der Dienstbetrieb oder die Sachverhaltsaufklärung beeinträchtigt würden.
- (6) Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 4 sind durch schriftlichen Verwaltungsakt zu treffen. Der Betroffene ist vor den Entscheidungen nach Satz 1 anzuhören. Widerspruch und Klage gegen die Entscheidungen nach Satz 1 haben keine aufschiebende Wirkung.
- (7) Für die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes im musiktreibenden Zug\*/in der Alters- und Ehrenabteilung\*/in der Abteilung Logistik\*/...\* gelten die Regelungen nach Absatz 1, Absatz 2 und Absätze 4 (ohne Buchst. a)) bis 6 entsprechend.
- (8) Ausgeschiedene Feuerwehrangehörige können auf Antrag eine Bescheinigung über die Dauer der Zugehörigkeit zur Feuerwehr, den letzten Dienstgrad und die zuletzt ausgeübte Funktion erhalten.

## § 6 Rechte und Pflichten der Angehörigen der Feuerwehr

(1) Die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen ab dem vollendeten 16./18.\* Lebensjahr haben das Recht, den ehrenamtlich tätigen Gemeindefeuerwehrleiter\* und dessen Stellvertreter\* nach § 16 Absatz 1 sowie die zusätzlichen Mitglieder des Feuerwehrausschusses nach § 16 Absatz 10\* zu wählen. Die Angehörigen der Ortsfeuerwehr ab dem vollendeten 16./18.\* Lebensjahr haben das Recht, den ehrenamtlich tätigen Ortsfeuerwehrleiter und dessen Stellvertreter sowie die Mitglieder des Ortsfeuerwehrausschusses\* zu wählen.

(Sofern nach § 13 die Wahl des Gemeindefeuerwehrleiters und seiner/seines Stellvertreter/s durch den Feuerwehrausschuss erfolgt, ist in Absatz 1 eine entsprechende Streichung vorzunehmen!)

(2) Die Gemeinde hat nach Maßgabe des § 61 SächsBRKG die Freistellung der Feuerwehrangehörigen für die Teilnahme an Einsätzen, Einsatzübungen und für die Aus- und Fortbildung zu erwirken.

(3) Ehrenamtlich tätige Funktionsträger, die regelmäßig über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe der dafür in einer besonderen Satzung der Gemeinde festgelegten Beträge.

(4) Feuerwehrangehörige erhalten auf Antrag Ersatz für die Auslagen, die ihnen durch die Ausübung des Feuerwehrdienstes einschließlich der Teilnahme an der Aus- und Fortbildung entstehen. Darüber hinaus erstattet die Gemeinde Sachschäden, die Feuerwehrangehörigen in Ausübung ihres Dienstes entstehen, sowie vermögenswerte Versicherungsnachteile nach Maßgabe des § 63 Absatz 2 SächsBRKG.

(5) Die ehrenamtlichen Angehörigen der Ortsfeuerwehren/Feuerwehrstandorte/Einsatzabteilung/im aktiven Feuerwehrdienst\* haben die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Feuerwehr erwachsenden Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen. Sie sind insbesondere verpflichtet:

- a) am Dienst und an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen der Feuerwehrdienstvorschriften regelmäßig und pünktlich teilzunehmen,
- b) sich bei Alarm unverzüglich am Feuerwehrhaus einzufinden,
- c) den dienstlichen Weisungen und Befehlen der Vorgesetzten nachzukommen,
- d) im Dienst und außerhalb des Dienstes ein vorbildliches Verhalten zu zeigen und sich den anderen Feuerwehrangehörigen gegenüber kameradschaftlich zu verhalten,
- e) den Dienst unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität von in Not geratenen Personen sowie von anderen Feuerwehrangehörigen auszuüben,
- f) die Feuerwehrdienstvorschriften, einschließlich der in dieser Satzung festgelegten abweichenden Regeln\*, und Unfallverhütungsvorschriften für den Feuerwehrdienst zu beachten und

- g) die ihnen anvertrauten Ausrüstungsgegenstände, Geräte und Einrichtungen gewissenhaft zu pflegen und sie nur zu dienstlichen Zwecken zu benutzen.

Für die sonstigen ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen gelten Buchst. a) (beschränkt auf die Dienstteilnahme) und c) bis g) entsprechend.

(6) Die ehrenamtlichen Angehörigen der Ortsfeuerwehren\*/Feuerwehrstandorte\*/Einsatzabteilung\*/im aktiven Feuerwehrdienst\* haben eine Ortsabwesenheit von länger als zwei Wochen dem Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\* oder seinem Stellvertreter rechtzeitig anzuzeigen und eine Dienstverhinderung rechtzeitig zu melden.

- (7) Verletzt ein Feuerwehrangehöriger schuldhaft die ihm obliegenden Dienstpflichten, so kann der Gemeindeführer
- einen mündlichen oder schriftlichen Verweis erteilen,
  - die Androhung der Dienstbeendigung aussprechen oder
  - die Dienstbeendigung durch die Gemeinde\*/den Bürgermeister\* einleiten.

Der zuständige Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\*/des musiktreibenden Zuges\*/der Abteilung Logistik\*/ ... \* ist zuvor zu hören. Dem Feuerwehrangehörigen ist Gelegenheit zu geben, sich zu den gegen ihn vorgebrachten Vorwürfen zu äußern. Bei Verletzungen der Dienstpflichten kann ein Feuerwehrangehöriger durch den Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\*/des musiktreibenden Zuges\*/der Abteilung Logistik\*/ ... \* vom Dienst vorübergehend ausgeschlossen werden. Der Gemeindeführer ist darüber schriftlich in Kenntnis zu setzen.

(8) Kann ein Angehöriger im aktiven Feuerwehrdienst die Pflichten nach Absatz 5 Satz 2, Buchst. a) und b) nicht im geforderten Maß erfüllen, verliert er auf Antrag oder nach Feststellung des Gemeindeführers zumindest vorübergehend den Status und die Rechte eines Angehörigen im aktiven Feuerwehrdienst.

## **§ 7 Jugendfeuerwehr**

(1) In die Jugendfeuerwehr können Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres aufgenommen werden. § 18 Absatz 4 Satz 2 SächsBRKG bleibt unberührt. Dem Aufnahmeantrag muss die schriftliche Zustimmung der Personensorgeberechtigten beigelegt sein.

(2) Über die Aufnahme entscheidet der Jugendfeuerwehrwart im Einvernehmen mit dem Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung/dem Gemeindejugendfeuerwehrwart\*. Im Übrigen gelten die Festlegungen des § 4 entsprechend.

- (3) Die Zugehörigkeit zur Jugendfeuerwehr endet, wenn das Mitglied
- in die aktive Abteilung aufgenommen wird, spätestens jedoch mit Vollendung des (Zahl einfügen). Lebensjahres,
  - aus der Jugendfeuerwehr austritt,

- c) den körperlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist oder
- d) aus der Jugendfeuerwehr entlassen oder ausgeschlossen wird.

Gleiches gilt, wenn ein Personensorgeberechtigter seine Zustimmung nach Absatz 1 schriftlich zurücknimmt.

### **§ 8 Kinderfeuerwehr**

(1) In die Kinderfeuerwehr können Kinder ab dem vollendeten 5. Lebensjahr aufgenommen werden. Die Zugehörigkeit zur Kinderfeuerwehr endet, wenn das Kind in die Jugendfeuerwehr aufgenommen wird, spätestens jedoch mit dem vollendeten 10. Lebensjahr.

(2) Die Vorschriften des § 7 gelten sinngemäß.

### **§ 9 Alters- und Ehrenabteilung**

(1) In die Alters- und Ehrenabteilung können Feuerwehrangehörige bei Überlassung der Dienstkleidung übernommen werden, wenn sie aus dem aktiven Feuerwehrdienst\*/dem musiktreibenden Zug\*/der Abteilung Logistik\*/ ...\* ausgeschieden sind.

(2) Der Gemeindeführer kann auf Antrag Feuerwehrangehörigen den Übergang in die Alters- und Ehrenabteilung gestatten, wenn der aktive Feuerwehrdienst für sie aus persönlichen oder beruflichen Gründen eine besondere Härte bedeutet.

### **§ 10 Ehrenmitglieder**

Der Bürgermeister kann auf Vorschlag des Gemeindeführers nach Anhörung des Gemeindefeuerwehrausschusses verdiente ehrenamtliche Feuerwehrangehörige oder Personen, die sich um das Feuerwehrwesen oder den Brandschutz besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern der Feuerwehr ernennen. Im Fall des § 5 Absatz 4 Buchst. d) und e) ist die Abberufung möglich.

### **§ 11 Organe der Gemeindefeuerwehr**

Organe der Gemeindefeuerwehr sind:

- a) der Gemeindeführer/Ortswehrlater\*
- b) der Gemeindefeuerwehrausschuss/die Ortsfeuerwehrausschüsse\*,
- c) die Hauptversammlung/Ortsfeuerwehrversammlung\*,
- d) ....\*

### **§ 12 Gemeindeführer**

Variante 1 für Absatz 1: Gemeinden mit Berufsfeuerwehr:

(1) Der Leiter der Berufsfeuerwehr nimmt die Aufgaben des Gemeindefeuerwehrleiters wahr.

Variante 2 für Absatz 1: hauptamtlicher Gemeindefeuerwehrleiter/Stellvertreter:

(1) Der Bürgermeister bestellt (nach Anhörung der Hauptversammlung\*/des Gemeindefeuerwehrausschusses\* und im Benehmen mit dem Gemeinderat\*/Ausschuss des Gemeinderates für....)\* einen Bediensteten der Gemeinde zur Wahrnehmung der Aufgaben des Gemeindefeuerwehrleiters\*/des/der stellvertretenden Gemeindefeuerwehrleiter/s\*.

Variante 3 für Absatz 1: ehrenamtlicher Gemeindefeuerwehrleiter/Stellvertreter:

(1) Der Gemeindefeuerwehrleiter und sein/e\* Stellvertreter werden nach § 16 gewählt und berufen.

(2) Der Gemeindefeuerwehrleiter ist für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich und erledigt die ihm durch Gesetz und diese Satzung übertragenen Aufgaben. Er hat insbesondere

- a) auf die ständige Verbesserung des Ausbildungsstandes der Angehörigen im aktiven Feuerwehrdienst entsprechend den Feuerwehrdienstvorschriften hinzuwirken,
- b) regelmäßig die Einsätze der Feuerwehr zu leiten oder diese Aufgabe an einen ausreichend qualifizierten Angehörigen im aktiven Feuerwehrdienst zu übertragen,
- c) die Zusammenarbeit der Ortsfeuerwehren\*/Feuerwehrstandorte\* bei Übungen und Einsätzen zu regeln,
- d) die Dienste so zu organisieren, dass jeder Angehörige im aktiven Feuerwehrdienst jährlich an mindestens 40 Stunden Ausbildung teilnehmen kann,
- e) dafür zu sorgen, dass die Dienst- und Ausbildungspläne aufgestellt und ihm/dem Gemeindefeuerwehrausschuss\* vorgelegt werden,
- f) die Tätigkeit der von ihm bestellten Funktionsträger zu kontrollieren,
- g) auf eine ordnungsgemäße und den Vorschriften entsprechende Ausrüstung der Feuerwehr mit Einsatzmitteln hinzuwirken,
- h) für die Einhaltung der Feuerwehrdienstvorschriften, einschließlich der in dieser Satzung festgelegten abweichenden Regeln\*, und der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen,
- i) im Rahmen des Dienstes minderjähriger Feuerwehrangehöriger die Einhaltung bestehender Aufsichts- und Fürsorgepflichten sicherzustellen und
- j) Beanstandungen, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr betreffend, dem Bürgermeister mitzuteilen.

Er entscheidet über die nach § 13 Absatz 1 Satz 2 im Gemeindefeuerwehrausschuss behandelten Fragen.



(3) Der Bürgermeister kann dem Gemeindeführer weitere Aufgaben des Brandschutzes übertragen.

(4) Der Gemeindeführer soll den Bürgermeister, die Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat in allen feuerwehr- und brandschutztechnischen Angelegenheiten beraten. Er ist zu den Beratungen in der Gemeinde zu Angelegenheiten der Feuerwehr und des Brandschutzes zu hören. Er soll - soweit es nur örtliche Belange betrifft - die örtlich zuständigen Ortswehrleiter\*/Leiter der Feuerwehrstandorte\* vorher beteiligen.

(5) Der/Die\* (Anzahl einsetzen) stellvertretende/n\* Gemeindeführer hat/haben\* den Gemeindeführer bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen und ihn bei Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten zu vertreten. Die Reihenfolge der Vertretung\* und die Aufgabenverteilung legt der Gemeindeführer fest.

(6) Für die Leiter der Ortsfeuerwehren\*/der Feuerwehrstandorte\*/der Einsatzabteilung\*/des musiktreibenden Zuges\*/der Abteilung Logistik\*/ ...\* gelten Absatz 1 (Achtung, in Abhängigkeit der gewählten Varianten, ggf. Text der Variante 3 hier verwenden), Absatz 2, hier jedoch nur die Buchst. (Buchstaben einfügen) und j), der Buchst. j) jedoch mit der Maßgabe, die Beanstandungen dem Gemeindeführer zu melden, sowie Absatz 5 entsprechend. Sie führen die Ortsfeuerwehr\*/den Feuerwehrstandort\*/die Einsatzabteilung\*/den musiktreibenden Zug\*/die Abteilung Logistik\*/...\* nach Weisung des Gemeindeführers.

Ergänzung für ehrenamtliche Gemeindeführer/Ortswehrleiter/Stellvertreter:

(7) ... (zutreffende Funktionen eintragen) können bei groben Verstößen gegen die Dienstpflichten oder wenn sie die geforderten Voraussetzungen an das Amt nicht mehr erfüllen, vom Bürgermeister\*/Ausschuss für ...\*/Gemeinderat\* nach Anhörung des Gemeindefeuerwehrausschusses abberufen werden. Die geforderten Voraussetzungen an das Amt sind durch die gewählte Person insbesondere dann nicht mehr erfüllbar, wenn die Verpflichtung nach § 16 Absatz 4 zur erfolgreichen Absolvierung eines Lehrgangs aus in der Person selbst liegenden Gründen nicht möglich ist.

### **§ 13 Gemeindefeuerwehrausschuss**

(1) Der Gemeindefeuerwehrausschuss ist beratendes Organ des Gemeindeführers (Variante: und wählt den Gemeindeführer und seine/n Stellvertreter\*). Er behandelt Fragen der Finanzplanung\*, der Dienst- und Einsatzplanung\*, der Ehrenmitgliedschaft sowie die Fortschreibung der Brandschutzbedarfsplanung\*.

(2) Der Gemeindefeuerwehrausschuss besteht aus:

- dem Gemeindeführer als Vorsitzenden sowie seinen/m Stellvertreter(n)\*,
- den Leitern der Ortsfeuerwehren\*/der Feuerwehrstandorte\*/der Einsatzabteilung\* sowie deren/dessen Stellvertreter(n)\*,
- dem Gemeindejugendfeuerwehrwart\* sowie dessen Stellvertreter(n)\*,
- dem Gemeindegemeinschaftsfeuerwehrwart\* sowie dessen Stellvertreter(n)\*,

- dem Leiter der Alters- und Ehrenabteilung\*/dem Beauftragten für die Belange der Alters- und Ehrenabteilungen\* sowie dessen Stellvertreter(n)\*,
- dem Leiter des musiktreibenden Zuges\* sowie dessen Stellvertreter(n)\*,
- dem Leiter der Abteilung Logistik\*/ ...\* sowie dessen Stellvertreter(n)\* und
- den zusätzlichen Mitgliedern nach Absatz 3\*.

Variante 1: Alle Mitglieder sind stimmberechtigt.

Variante 2: Stimmberechtigt sind der Gemeindeführer, die Leiter der Ortsfeuerwehren\*/der Feuerwehrstandorte\*, ...\*, im Verhinderungsfall ihre Vertreter, sowie die zusätzlichen Mitglieder nach Absatz 3\*.

Bei der Wahl des Gemeindeführers und seiner/seines Stellvertreter/s durch den Gemeindefeuerausschuss wird folgender Zusatz erforderlich:

Für die Wahl des Gemeindeführers und seiner/seines Stellvertreter/s\* sind die von den Feuerwehrangehörigen gewählten Leiter der Ortsfeuerwehren\*, der Feuerwehrstandorte, ...\*, im Verhinderungsfall ihre Vertreter, sowie die zusätzlichen Mitglieder nach Absatz 3\* wahlberechtigt.

(3) In der Hauptversammlung werden nach dem Schlüssel (Anzahl ist nach einem Schlüssel entsprechend der zahlenmäßigen Stärke der Ortsfeuerwehren/Feuerwehrstandorte festzulegen) zusätzliche Mitglieder der Ortsfeuerwehren\*/der Feuerwehrstandorte\*/der Einsatzabteilung\* in den Gemeindefeuerausschuss gewählt.\*

(4) Der Gemeindefeuerausschuss soll viermal im Jahr tagen.\* Die Beratungen sind vom Vorsitzenden mit Bekanntgabe der vorgesehenen Tagesordnung einzuberufen. Der Gemeindefeuerausschuss muss einberufen werden, wenn dies mindestens ein Drittel seiner Mitglieder bei Angabe der von ihnen geforderten Tagesordnung verlangt. Der Gemeindefeuerausschuss ist beschlussfähig im Sinne des Absatz 1, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten\* Mitglieder anwesend ist.

(5) Der Bürgermeister ist zu den Beratungen des Gemeindefeuerausschusses einzuladen.

(6) Beschlüsse des Gemeindefeuerausschusses im Sinne des Absatz 1 werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Für Wahlen gelten die Regelungen des § 16.\*

(7) Die Beratungen des Gemeindefeuerausschusses sind nicht öffentlich. Über die Beratungen ist eine Niederschrift anzufertigen.

(8) In jeder Ortsfeuerwehr kann ein Ortsfeuerwehrausschuss gebildet werden. Für ihn gelten die Absätze 1 bis 4 sowie 6 und 7 entsprechend.

(Sofern Gemeindefeuerwehrausschuss den Gemeindeführer und seine/n Stellvertreter wählt: Anpassung der Verweise – dann keine indirekte Wahl auf Ortsfeuerweherebene!)

Die Anzahl der zusätzlichen Mitglieder beträgt (Zahl eintragen). Der Gemeindeführer ist zu den Sitzungen einzuladen; er besitzt kein Stimmrecht.

#### **§ 14 Hauptversammlung**

(1) Unter dem Vorsitz des Gemeindeführers ist mindestens einmal jährlich eine ordentliche Hauptversammlung der Gemeindefeuerwehr durchzuführen. Der Hauptversammlung sind alle wichtigen Angelegenheiten der Feuerwehr, soweit nicht zu ihrer Beratung der Gemeindefeuerwehrausschuss und deren Entscheidung nicht der Gemeindeführer zuständig ist, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Hauptversammlung hat der Gemeindeführer einen Bericht über die Tätigkeit der Gemeindefeuerwehr im abgelaufenen Jahr abzugeben. In der Hauptversammlung werden der ehrenamtlich tätige Gemeindeführer\* und dessen Stellvertreter\* und die zusätzlichen Mitglieder des Gemeindefeuerwehrausschusses nach § 13 Absatz 3\* gewählt.

(Achtung, teilweise Streichung bei indirekter Wahl im Gemeindefeuerwehrausschuss!)

(2) Die ordentliche Hauptversammlung ist vom Gemeindeführer einzuberufen. Eine außerordentliche Hauptversammlung ist innerhalb eines Monats vom Gemeindeführer einzuberufen, wenn das von mindestens einem Drittel der nach § 6 Absatz 1 wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen schriftlich unter Angabe der Gründe gefordert wird. Zeitpunkt und Tagesordnung der Hauptversammlung sind den nach § 6 Absatz 1 wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen und dem Bürgermeister mindestens zwei Wochen vor der Versammlung bekannt zu geben. Angehörige der Kinder- und Jugendfeuerwehr, die nach § 6 Absatz 1 nicht wahlberechtigt sind, nehmen nicht an Abstimmungen der Hauptversammlung teil. Sie besuchen in der Regel nur dann die Hauptversammlung, wenn entsprechende Anlässe wie z. B. die Übergabe von Auszeichnungen vorliegen.\*

(3) Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der nach § 6 Absatz 1 wahlberechtigten Anwesenden dem aktiven Feuerwehrdienst angehört. Bei Beschlussunfähigkeit ist innerhalb eines Monats eine zweite Hauptversammlung einzuberufen, die unabhängig von der Zahl der anwesenden, nach § 6 Absatz 1 wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen beschlussfähig ist. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.

(4) Über die Hauptversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die dem Bürgermeister vorzulegen ist.

(5) Für die Ortsfeuerwehrversammlungen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Eine Niederschrift ist dem Gemeindeführer vorzulegen.

**§ 15 Bestellung von Funktionsträgern\***

(1) Zu bestellende Funktionsträger sind:

- die Leiter der Feuerwehrstandorte\*/der Leiter der Einsatzabteilung sowie deren/dessen Stellvertreter(n)\*,
- Gruppenführer und Zugführer (Unterführer),
- Gerätewarte\*, Beauftragte/Verantwortliche für Geräte\*, Atemschutz\*, Öffentlichkeitsarbeit\*, Schriftführer\*, ...\*,
- der Leiter der Alters- und Ehrenabteilung\*/der Beauftragte für die Belange der Alters- und Ehrenabteilungen\* sowie dessen Stellvertreter\*,
- der Beauftragte für die Belange der Jugendfeuerwehren (Gemeindejugendfeuerwehrwart)\* sowie dessen Stellvertreter\*,
- der Beauftragte für die Belange der Kinderfeuerwehren (Gemeindekinderfeuerwehrwart)\* sowie dessen Stellvertreter\*,
- der Leiter des musiktreibenden Zuges\* sowie dessen Stellvertreter\*,
- der Leiter der Abteilung Logistik\*/ ...\* sowie dessen Stellvertreter\*,
- ... (Ggf. einfügen: Leiter/Stellvertreter von nach § 1 Absatz 3 Satz 2 und 3 möglicher (weiterer) Gliederungen, z.B. Jugendfeuerwehrwarte) und
- Betreuer in der Kinderfeuerwehr\*.

(2) Der Gemeindefeuerwehrleiter bestellt die Funktionsträger schriftlich für die Dauer von fünf Jahren. Der Gemeindefeuerwehrleiter kann die Bestellung nach Anhörung des Gemeindefeuerwehrausschusses\* jederzeit widerrufen. Die Funktionsträger führen ihre Aufgaben nach Weisungen ihrer Vorgesetzten aus.

(3) Als Funktionsträger dürfen nur Feuerwehrangehörige eingesetzt werden, die persönlich geeignet sind, über praktische Erfahrungen im Feuerwehrdienst verfügen, die erforderliche Qualifikation besitzen und an spezifischen Fortbildungen regelmäßig teilnehmen. Betreuer in der Kinderfeuerwehr können auch Personen sein, die nicht der Gemeindefeuerwehr angehören.

(4) Zu bestellende Funktionsträger auf der Ebene der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\* werden dem Gemeindefeuerwehrleiter durch den Leiter der Ortsfeuerwehr\*/des Feuerwehrstandortes\*/der Einsatzabteilung\* vorgeschlagen.

Alternativtext für Feuerwehrstandorte/Einsatzabteilung/Alters- und Ehrenabteilung/den musiktreibende Zug/die Abteilung Logistik/ ...\*:

Feuerwehrangehörige werden nach Anhörung der Mitglieder vom Gemeindefeuerwehrleiter in ihre Funktion bestellt.

**§ 16 Wahlen**

(1) Der Gemeindeführer und seine Stellvertreter werden durch die nach § 6 Absatz 1 Satz 1 wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen, die Ortswehrleiter und deren Stellvertreter werden durch die in § 6 Absatz 1 Satz 2 wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Gemeindeführer, die Ortswehrleiter und deren Stellvertreter haben ihr Amt nach Ablauf der Berufungsdauer oder im Falle eines beabsichtigten vorzeitigen Ausscheidens oder nach Neuwahlen bis zur Berufung eines Nachfolgers weiterzuführen. Lehnt der Gemeindeführer, Ortswehrleiter oder der entsprechende Stellvertreter aus wichtigem Grund im Sinne des § 18 der Sächsischen Gemeindeordnung eine Weiterführung ab oder stehen dieser Weiterführung gewichtige Gründe in der Person des Gemeindeführers, Ortswehrleiters oder des entsprechenden Stellvertreters entgegen, kann der Bürgermeister einen geeigneten Feuerwehrangehörigen, beim Gemeindeführer oder Ortswehrleiter insbesondere den entsprechenden Stellvertreter, vorübergehend mit der Wahrnehmung der Aufgaben betrauen.

(Sofern nach § 13 die Wahl des Gemeindeführers und seiner/seines Stellvertreter/s durch den Feuerwehrausschuss oder eine hauptamtliche Aufgabenübernahme erfolgt, sind in den Absätzen 1 und 2 entsprechende Streichungen vorzunehmen!)

(3) Steht kein geeigneter Kandidat für ein in Absatz 1 genanntes Wahlamt zur Verfügung, beruft der Bürgermeister nach Anhörung der Wahlberechtigten (und mit Zustimmung des Gemeinderates\*/Ausschusses für ...\*) einen geeigneten wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen längstens bis zum Ende der Berufungsdauer nach § 17 Absatz 3 Satz 2 SächsBRKG.

(4) Gewählt werden kann nur, wer selbst wahlberechtigt ist, über die für diese Dienststellung erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen sowie über die erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt. Erforderliche fachliche Mindestvoraussetzung für den Gemeindeführer\* und seine/n\* Stellvertreter\* ist die erfolgreich abgeschlossene Führungsausbildung „Zugführer“\*/„Verbandsführer“\* und „Leiter einer Feuerwehr“. Die Qualifikation zur vorhergehenden taktischen Führungsfunktion reicht aus, wenn sich der Kandidat schriftlich vor der Wahl verpflichtet, die erforderliche taktische Führungsausbildung innerhalb von zwei Jahren zu absolvieren. Die Kandidaten sollen ihren ersten Wohnsitz in der Gemeinde haben.

(5) Die nach § 17 Absatz 3 SächsBRKG durchzuführenden Wahlen sind mindestens zwei Wochen vorher, zusammen mit dem Wahlvorschlag, den wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen bekannt zu machen. Der Wahlvorschlag sollte mehr Kandidaten enthalten, als zu wählen sind, und muss vom zuständigen Feuerwehrausschuss bestätigt sein. Betroffene Kandidaten sind im Feuerwehrausschuss nicht stimmberechtigt.

(6) Wahlen sind vom Bürgermeister oder einem von ihm benannten Beauftragten zu leiten. Die anwesenden Stimmberechtigten benennen in der Regel durch offene Abstimmung mit absoluter Mehrheit zwei Beisitzer, die zusammen mit dem Wahlleiter die Stimmenauszählung vornehmen. Die Beisitzer können Wahlberechtigte, jedoch keine Kandidaten sein.

(7) Wahlen können nur dann vorgenommen werden, wenn mehr als die Hälfte der nach § 6 Absatz 1 wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen anwesend ist und davon mindestens die Hälfte dem aktiven Feuerwehrdienst angehört.

(Sofern nach § 13 die Wahl des Gemeindeführers und seiner/seiner Stellvertreter/s durch den Feuerwehrausschuss erfolgt, sind für diese (!) Wahl in Absatz 7 entsprechende Anpassungen vorzunehmen!)

(8) Wahlen sind geheim durchzuführen. Steht nur ein Kandidat zur Wahl, kann die Wahl offen erfolgen, wenn keiner der anwesenden Stimmberechtigten widerspricht.

(9) Die Wahlen zu mehreren Ämtern erfolgen in getrennten Wahlgängen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten hat. Erreicht kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, so ist eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen durchzuführen, bei der die einfache Mehrheit (mehr Ja- als Nein-Stimmen) entscheidet. Tritt nur ein Kandidat an und erreicht dieser keine absolute Mehrheit, ist eine erneute Wahl nach Maßgabe der Absatz 1 bis 8 und Absatz 9 Sätze 1 bis 3 durchzuführen. Liegt bei mehreren Kandidaten Stimmgleichheit vor, entscheidet das Los.

Soweit zusätzliche Mitglieder für Feuerwehrausschüsse gewählt werden sollen:

(10) Für die Wahl der zusätzlichen Mitglieder des Gemeindefeuerwehrausschusses und der Ortsfeuerwehrausschüsse\* gelten die Absätze 1 bis 8, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist. Die Wahl der zusätzlichen Mitglieder des Gemeindefeuerwehrausschusses und der Ortsfeuerwehrausschüsse ist als Mehrheitswahl ohne Stimmhäufung durchzuführen. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Ausschussmitglieder zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen Feuerwehrangehörigen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben.\*

(11) Die Gewählten sind zu fragen, ob sie die Wahl annehmen.

(12) Die Niederschrift über die Wahl ist spätestens eine Woche nach der Wahl durch den Wahlleiter dem Bürgermeister zu übergeben.

(13) Der Bürgermeister muss dem Wahlergebnis widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass es rechtswidrig ist; er kann ihm widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass es für die Gemeinde nachteilig ist.

(14) Sofern kein Widerspruch nach Absatz 13 erfolgt, beruft der Bürgermeister (im Benehmen mit dem Gemeinderat\*/Ausschuss für ...\*) die Gewählten in die Positionen. Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über das Ergebnis der Wahlen und die Berufung.\*

Soweit zusätzliche Mitglieder für Feuerwehrausschüsse gewählt wurden:

(15) Scheidet ein gewähltes zusätzliches Mitglied aus dem Gemeindefeuerwehrausschuss aus, rückt ein Ersatzmitglied nach. Ersatzmitglieder sind alle Wahlbewerber, die bei der Wahl für die zusätzlichen Mitglieder des Feuerwehrausschusses nicht die erforderliche Stimmenzahl, jedoch

mindestens eine Stimme erhalten haben. Die Reihenfolge der Ersatzmitglieder bestimmt sich nach der Anzahl der erhaltenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Steht kein Ersatzmitglied mehr zur Verfügung, finden Nachwahlen auf der Ebene der betroffenen Ortsfeuerwehr nach Maßgabe der Absätze 10 bis 14 statt.

(16) Neuwahlen während der Berufungsperiode sind anzusetzen, wenn zwei Drittel der Stimmberechtigten dies schriftlich vom Gemeindeführer fordern.

### **§ 17 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

\* Nichtzutreffendes streichen.

Um die Lesbarkeit der Satzung zu vereinfachen, wird auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Es wird darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.